

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

**Kriminalpräventionsarbeit in Bremer Stadtteilen ausbauen –
Sicherheitspartnerschaften fördern**

Die Frage, wie sicher sich Menschen in ihrem Stadtteil fühlen, ist eines der zentralen Kriterien für das allgemeine Wohlbefinden von Menschen. Die Angst vor Kriminalität kann die eigene Lebensweise beeinträchtigen und schafft mitunter sogar Misstrauen unter den Bewohnerinnen und Bewohnern eines Stadtviertels, gerade in Großstädten. Aber Angst und Misstrauen sind Gift für ein positives Miteinander, Rückzug oder Ausgrenzung können die negative Folge eines beeinträchtigten Sicherheitsempfindens sein.

Die Hauptverantwortung sowohl für die Kriminalitätsbekämpfung als auch für die Kriminalitätsvorbeugung in unserer Stadt liegt selbstverständlich bei der Polizei. Gerade bei der Kriminalitätsvorbeugung kann jedoch auch jede und jeder Einzelne seinen Beitrag leisten.

In einer modernen, demokratischen Bürgergesellschaft müssen die Fragen, wie sich Kriminalität bestmöglich verhindern und wie sich das eigene Sicherheitsempfinden stärken lässt, gemeinsam im Zusammenwirken von Bürgerinnen und Bürgern, mit den im Stadtteil vertretenen Einrichtungen und mit Vertreterinnen und Vertretern der Polizei diskutiert werden. Bereits der Prozess eines solchen Miteinanders, das Aussprechen und Teilen von Sorgen und Ängsten und das gemeinsame Entwickeln von Lösungen, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen genauso berücksichtigen wie die von älteren Menschen, von Alteingesessenen wie von Neuzugezogenen, von Familien wie von Geschäftsleuten, stärken das Zusammengehörigkeitsgefühl im Stadtteil, macht aufeinander aufmerksam und führt bereits dadurch direkt zu mehr Sicherheit und einem besseren Lebensgefühl im Stadtteil. Hinzu kommt, wie aktuelle Studien zeigen, dass gute Nachbarschaft der beste Kriminalitätsschutz ist.

Im angelsächsischen Raum hat sich vor diesem Hintergrund der Ansatz des „Community Policing“ entwickelt, der gezielt darauf gerichtet ist, Kriminalitätsprobleme auf lokaler Ebene gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu ermitteln und auch gemeinsam nach Lösungen zu suchen. In Niedersachsen hat man begonnen, Sicherheitspartnerschaften in Bezug auf Städtebau zu begründen. Beides hat nichts mit der Bildung von Bürgerwehren zu tun, die ausdrücklich abgelehnt werden.

Und auch in Bremen nehmen sich Stadtteile bereits gezielt des Themas Kriminalitätsprävention und der Verbesserung des Sicherheitsgefühls im Stadtteil an. Stadtteil-Kops (Kontaktbereichspolizisten) sind zu vertrauten und verlässlichen Ansprechpartnern in den Stadtteilen geworden. Die Beiräte setzen sich konkret für die Verbesserung der Sicherheit in ihren Stadtteilen ein. Die Kooperationsstelle Kriminalprävention fördert und unterstützt bereits erfolgreich Sicherheitspartnerschaften und Präventionsräte auf lokaler Ebene.

Obwohl die Gesamtzahl der Straftaten in Bremen im vergangenen Jahr zurückgegangen ist, die Bremer Polizei ihren Hauptschwerpunkt auf die Bekämpfung von Einbruchskriminalität gelegt hat und auch in diesem Bereich die Zahlen rückläufig sind, ist es vor dem Hintergrund des davon zum Teil deutlich abweichenden Sicherheitsempfindens in den Stadtteilen und anhand der Vielzahl bereits gewonnener Erfahrungen in der Präventionsarbeit zwingend, gezielt und systematisch die Zusammenarbeit der Akteure in allen Bremer Stadtteilen weiterzuentwickeln, nachhaltig mit Leben zu füllen und nach Möglichkeit zu Sicherheitspartnerschaften auszubauen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. unter Beteiligung der Stadtteilbeiräte und Ortsämter sowie weiteren maßgeblichen Institutionen des jeweiligen Stadtteils die Gründung von Präventionsgremien in allen Bremer Stadtteilen zu initiieren bzw. sie, falls notwendig, dahingehend weiterzuentwickeln, dass
 - a) der spezifisch auf den Stadtteil bezogene Bedarf im Hinblick auf den Schutz vor Kriminalität in Bezug auf Kinder und Jugendliche, Familien, Frauen, Migranten und Migrantinnen, ältere Menschen und den Einzelhandel ermittelt wird,
 - b) Präventionsmaßnahmen, Beratungsangebote, Zuständigkeiten und Ansprechpartnersysteme verbessert werden,
 - c) im Städtebau so genannte Angsträume ermittelt, Beleuchtungskonzepte überprüft werden und – auch im Zusammenwirken mit Vermietern größerer Wohnanlagen – der Einbruchsschutz im Stadtteil im Sinne einer Sicherheitspartnerschaft verbessert wird,
 - d) Kommunikationsinstrumente zum Thema Sicherheit im Stadtteil festgelegt werden.
2. unter Einbeziehung der Beiräte und Initiativen aus den Stadtteilen einen mindestens jährlichen Austausch und Vernetzung der unterschiedlichen Projekte in den verschiedenen Stadtteilen sicherzustellen.
3. der städtischen Deputation für Inneres und Sport und dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Beiräte und bürgerschaftliches Engagement bis Ende des Jahres 2014 zu berichten.

Sükrü Senkal, Helmut Weigelt, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Carsten Werner, Marie Hoppe, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN